

Empfehlungen

der Ausschüsse

Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften:
Bericht über die Möglichkeit einer Gruppenfreistellung für
Konsortialverträge in der Linienschifffahrt

Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über die
Anwendung des Artikels 85 Absatz 3 des Vertrags auf be-
stimmte Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufein-
ander abgestimmte Verhaltensweisen zwischen See-
schifffahrtsunternehmen

KOM(90) 260 endg.; Ratsdok. 7547/90

Punkt der 619. Sitzung des Bundesrates am 21. September 1990

Der federführende Ausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaften und
der Ausschuß für Verkehr und Post
empfehlen dem Bundesrat, zu der Vorlage wie folgt Stellung
zu nehmen:

Der Bundesrat sieht in der Klärung der Frage der wett-
bewerbsrechtlichen Behandlung kommerziell notwendiger Koope-
rationen der Seeschifffahrt (Konsortien/multimodale Verkehre)
einen erheblichen Handlungsbedarf und begrüßt daher den
Bericht der Kommission und den Verordnungsvorschlag.

Ausgeliefert am 1 1. SEP. 1990

...

514/1/50

Der Bundesrat bittet aber die Bundesregierung, weiter darauf zu drängen, daß eine Freistellung der Konsortien und multimodalen Verkehre vom Kartellverbot des EWG-Vertrages über eine Ergänzung bzw. Änderung der Verordnung 4056/86 erfolgt. In der vorliegenden Fassung stellt der Verordnungsvorschlag eine "Blanko-Ermächtigung" für die Kommission dar, mit der die bestehende Rechtsunsicherheit fortgeschrieben würde. Die Kommission sollte aufgefordert werden, darzustellen, welche konkreten Bedingungen und Auflagen sie mit einer Freistellung zu verknüpfen beabsichtigt (vgl. Artikel 1 Abs. 2 des Vorschlags), und welche Mindestdauer für die Freistellung dieser Kooperation vorgesehen werden soll (vgl. Artikel 2).

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, ihm die Möglichkeit zu einer weiteren Stellungnahme in der Sache zu geben, sobald die Absichten der Kommission konkretisiert sind.